**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 17.07.2009
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am Dienstag, 30. Juni 2009
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:08 Uhr - 20:22 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 18:48 Uhr - 19:00 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 28.04.2009 - öffentlicher Teil**
283/2009
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 12. Einwohnerfragestunde**
308/2009
- 5. Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.**
246/2009
- 6. III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)**
186/2009
- 7. Konzept zur Steuerung und Kontrolle der privatrechtlichen Unternehmen und**

Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach

239/2009

8. **Abschluss eines Kooperationsvertrages zum regionalen Bildungsnetzwerk mit der Gemeinde Odenthal und dem Rheinisch-Bergischen Kreis**
242/2009
9. **Jahresrechnung 2007**
277/2009
10. **Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Städtische Feuerwehr“ der Stadt Bergisch Gladbach**
255/2009
11. **Wirtschaftsplannachtrag 2009 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“**
271/2009
13. **Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach - Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6.-10. Lebensjahr**
254/2009-1
14. **Künftige Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Bergisch Gladbach**
280/2009
15. **Entwurf der Eröffnungsbilanz einschl. Lagebericht und Anhang der Stadt Bergisch Gladbach zum 01.01.2008**
281/2009
16. **Ergebnis des Wettbewerbes „Gestaltung des öffentlichen Raumes (Stadtmitte West)“
- Beschluss zum weiteren Verfahren**
309/2009
17. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 17.1 **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 15.06.2009 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**
303/2009
- 17.2 **Antrag der SPD-Fraktion vom 04.06.2009 zur Umbesetzung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**
310/2009
18. **Anträge der Fraktionen**
- 18.1 **Antrag der CDU-Fraktion vom 29.04.2009 zum Schwimmbad Mohnweg**
175/2009
- 18.2 **Antrag der BfBB-Fraktion vom 19.05.2009 zum Kindergarten „Lauter Pänz“**
301/2009

- 18.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 15.06.2009 zum Ausbau von Sportstätten mit Kunstrasenplätzen**
305/2009
- 18.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 15.06.2009 zur Sanierung von Sportplätzen**
307/2009
- 18.5 Antrag der FDP-Fraktion vom 15.06.2009 zur Initiierung eines Projektes „Schultechnikum Rhein-Berg“**
306/2009
- 19. Anfragen der Ratsmitglieder**
- 19.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 15.06.2009 zum Thema „Finanzen der Stadt Bergisch Gladbach“**
304/2009
- 19.2 Mündliche Anfragen der Ratsmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 28.04.2009 - nichtöffentlicher Teil**
284/2009
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anträge der Fraktionen**
5. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@->

Herr Bürgermeister Orth eröffnet die 29. Sitzung des Rates in der siebten Wahlperiode.

Herr Orth stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Jung, Herr Lob, Herr Reitz (alle CDU-Fraktion), Herr Waldschmidt, Herr Dr. Winzen, Herr Zalfen (alle SPD-Fraktion), Herr Rickes, Herr Schnöring, Frau Schreiber (alle Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Frau Vollmer (FDP-Fraktion), Herr Rosen und Herr Sonnenberg (beide Fraktion KIDinitiative) entschuldigt.

Von Seiten der Verwaltung sind urlaubsbedingt Herr Kremer (Leitung Fachbereich 7) und Herr Martmann (Leitung Fachbereich 8) entschuldigt.

Herr Orth weist darauf hin, dass das Ratsmitglied Werner Schwamborn aus der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ausgetreten und nunmehr Mitglied der BfBB-Fraktion sei.

Herr Orth benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 18.06.2009 mit den dazugehörigen Vorlagen und den bis dahin vorliegenden Beratungsergebnissen aus den Fachausschüssen,
- eine Aktualisierung/Ergänzung der Anlage zur Tagesordnung - übersandt mit Schreiben vom 25.06.2009 - mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen der Fachausschüsse, die nach Versand der Ratseinladung stattgefunden haben sowie dem Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2007 der Stadt Bergisch Gladbach zur Ergänzung des TOP 9 (DS-Nr. 277/2009) der heutigen Sitzung und einem Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22.06.2009 zur Errichtung von provisorischen Parkplätzen auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache (DS-Nr. 315/2009),
- einen Dringlichkeitsantrag der BfBB-Fraktion vom 15.06.2009 zur Straße „Am Lindenhof“ (Tischvorlage (DS-Nr. 318/2009)) sowie
- eine Antwort auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 15.06.2009 (TOP A 19.1, Tischvorlage (DS-Nr. 304/2009-1)).

Herr Orth weist darauf hin, dass die von der BfBB-Fraktion mit Schreiben vom 15.06.2009 eingegangenen Vorschläge verschiedener verkehrsrechtlicher Anordnungen zu den Straßen In der Auen, Bernhard-Eyberg-Straße, Beningsfeld, Siebenmorgen und Kippekausen - wie von der BfBB-Fraktion angeregt - Gegenstand der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr sein werden.

TOP A 16 der heutigen Sitzung werde nicht, wie in der Vorlage (DS-Nr. 309/2009) dargestellt, als Beschlussvorlage, sondern als Mitteilungsvorlage behandelt. Der TOP umfasse eine Information über die Ergebnisse des Wettbewerbs „Gestaltung des öffentlichen Raumes (Stadtmitte West)“ und über das weitere Verfahren.

Herr Ziffus begründet die Dringlichkeit des Antrages der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung provisorischer Parkplätze damit, dass die Entwicklung der Stadt auch in Bezug auf die Parkplätze zügig vorangehen müsse. Die durch die Maßnahmen im Bereich Buchmühle entfallenden Parkflächen müssten frühzeitig durch die Schaffung von Ersatzparkplätzen in erreichbarer Nähe ausgeglichen werden, was auf dem Gelände der Alten Feuerwache mit relativ geringem Aufwand möglich sei.

Herr Orth entgegnet, es handele sich nicht um eine Angelegenheit, die keinen Aufschub dulde bzw. um eine Angelegenheit von äußerster Dringlichkeit nach den Vorschriften der Gemeindeordnung (GO) NRW. Die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Tagesordnung seien nicht erfüllt. Die Einhaltung der von der GO NRW formulierten engen Kriterien sei für den Erhalt der Funktionsfähigkeit des Rates notwendig.

Herr Lang widerspricht den Ausführungen des Bürgermeisters. Es schade nicht, die Angelegenheit in der heutigen Sitzung zu beraten.

Frau Kreft erläutert, die SPD-Fraktion begrüße den Antrag inhaltlich. Es sei zwar keine äußerste Dringlichkeit gegeben, wohl aber seien die von Herrn Ziffus dargestellten Vorteile erkennbar. Der Antrag solle daher im Interesse der Bürgerschaft in der heutigen Sitzung behandelt werden.

Auch Herr Mömkes begrüßt den Antrag inhaltlich. Er schlägt jedoch eine Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vor.

Herr Dr. Baeumle-Courth signalisiert seine Zustimmung zu diesem Vorschlag von Herrn Mömkes.

Der Rat zeigt sich mit dem Vorschlag der Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einvernehmlich einverstanden.

Herr Lang begründet die Dringlichkeit des Antrages der BfBB-Fraktion zur Straße „Am Lindenhof“ damit, dass die Arbeiten für den Ausbau der Straße bereits Anfang August beginnen würden und die Aufträge bereits erteilt seien, obwohl kein Beschluss in der Sache gefasst worden sei. Er erläutert, dass die Stellungnahme der Verwaltung inhaltlich nicht zutreffe. Im Fachausschuss sei die Angelegenheit drei Mal beraten worden. In der heute vorgelegten Tischvorlage vertrete die Verwaltung die Auffassung, eine Entscheidung des Fachausschusses sei nicht erforderlich. Er könne die Darlegung der Verwaltung zu Ziffer 6), der Ausschuss habe eine Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen und insofern liege eine Entscheidung vor, die Straße entsprechend der Variante 2 auszubauen, nicht nachvollziehen.

Herr Mömkes entgegnet, der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr sei

mehrfach mit der Thematik befasst worden. Ein Straßenausbau dürfe nicht an der Ablehnung von ein oder zwei Anliegern scheitern; in diesem Falle müsse die Mindermeinung hinter die Mehrheit zurücktreten. Eine äußerste Dringlichkeit könne er nicht erkennen, es solle beschlussgemäß verfahren werden.

Auch Herr Ziffus, Herr Dr. Fischer und Frau Kreft äußern die Zustimmung der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD zu den Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage.

Herr Lang ergänzt, es treffe nicht zu, dass die gesamte Straße in Stand gesetzt werden müsse. Notwendig sei nur die Wiederherstellung der Fläche im Bereich des Baumes, um den unsinnigerweise Asphalt gelegt worden sei, der durch die Wurzeln des Baumes hochgedrückt worden sei. Diesen Schaden sollten nunmehr die Anlieger bezahlen, indem die Verwaltung die gesamte Straße ausbauen und die Anlieger mittels Beiträgen heranziehen wolle.

Herr Orth lässt daraufhin über die Aufnahme des Antrages der BfBB-Fraktion in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aus Gründen äußerster Dringlichkeit abstimmen:

Für die Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung stimmt die BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder wird dies bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDinitiative mehrheitlich abgelehnt.

2. <-@
Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@->
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 28.04.2009 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

3. <-@
Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 28.04.2009 - öffentlicher Teil

@->
Herr Orth verliest die folgende Aktualisierung des Durchführungsberichtes:

„Zu TOP A 14
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide
181/2009

Der Bebauungsplan wurde inzwischen öffentlich bekannt gemacht.“

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.

4. <-@
Mitteilungen des Bürgermeisters

@->
Mitteilung zu den Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln

Herr Orth teilt mit, der Niederschrift werde ein Schreiben der Kreissparkasse Köln beigelegt, in dem die Förderaktivitäten ausführlich dargestellt würden.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Mitteilung zu den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Orth verliest die folgende Mitteilung:

„Die Wirtschaftskrise ist inzwischen auch in Bergisch Gladbach angekommen. Der Kämmerer hatte Sie bereits im Finanzausschuss informiert: Nach der regionalisierten Steuerschätzung werden uns bereits in diesem Jahr bei dem Einkommensteueranteil rund 2,6 Mio. EUR fehlen und derzeit hinkt auch die Gewerbesteuer mit ca. 5 Mio. EUR hinter dem Ansatz her. Zur Zeit kann ein Defizit für 2009 von ca. 20 Mio. EUR nicht mehr ausgeschlossen werden; wachsende Tendenz in den Folgejahren. Wir alle wissen, dass die Verantwortlichen dafür nicht in der Verwaltung oder im Rat der Stadt Bergisch Gladbach sitzen, wir aber trotzdem nun mit dieser Lage umgehen müssen, und zwar auf eine verantwortungsvolle und ehrliche Weise. Wir haben den sparsamen Umgang mit Haushaltsmitteln in der jetzt zu Ende gehenden Ratsperiode gelernt und dabei haben insbesondere die Kooperationsfraktionen SPD und CDU bewiesen, dass dieser Rat sparen und konsolidieren kann. Rat und Verwaltung haben ihre Hausaufgaben gemacht. In den letzten Jahren ist es uns gelungen, die städtischen Erträge zu steigern, ein ungebremses Wachstum der Aufwendungen einzudämmen und die Schulden zu senken. Wir sollten uns auch in der weiteren Diskussion stets vor Augen führen, dass die wegbrechenden Steuereinnahmen Folgen einer Wirtschafts- und Finanzkrise sind, die nicht nur Bergisch Gladbach treffen, sondern ganz Deutschland, ganz Europa, letztendlich sogar die ganze Welt. Ich appelliere daher an alle Parteien im Rat, die mit dieser großen Herausforderung der nächsten Jahre verbundenen Fragen nicht zum Wahlkampfthema in Bergisch Gladbach zu machen. Ich denke aber, dass es in der derzeitigen Situation meine Pflicht als Bürgermeister ist, dem Rat und der Öffentlichkeit meine grundsätzliche Sicht zur Bewältigung der Haushaltskrise zu schildern. In dieser kritischen Situation stellen sich insbesondere zwei Fragen. 1.: Müssen wir für das Jahr 2009 kurzfristig reagieren? 2.: Wie gehen wir mit der Problematik für die Haushaltsplanung 2010 und in den Folgejahren um? Zum Jahr 2009 ist zunächst festzustellen, dass der Kämmerer derzeit kein akutes Liquiditätsproblem hat. Wir haben bisher im Jahresverlauf entweder gar keine oder kaum zusätzliche Mittel zur Sicherung der Liquidität der Stadtkasse aufnehmen müssen. Zum Zweiten ist die Steuerschätzung aus dem Mai, wie der Name sagt, eine Schätzung, und insofern beabsichtigt der Kämmerer die nächste definitive Quartalsrechnung abzuwarten, um mehr Klarheit zu erhalten. Außerdem wird uns dann auch der Controllingbericht zum 30.06.2009 zur Verfügung stehen - mit einer Prognose der Entwicklung des Gesamthaushalts. Falls sich die derzeitigen Prognosen bestätigen, stünde dann dem Kämmerer das Instrument der haushaltswirtschaftlichen Sperre zur Verfügung. Dabei handelt es sich für 2009 aus unserer Sicht lediglich um eine Ad-hoc-Maßnahme, wie überhaupt die vor uns liegenden Herausforderungen weniger eine Frage des Haushaltsrechtes, sondern eine Frage der Haushaltspolitik sind. Viel wichtiger ist die Frage: Wie stellen wir uns in den nächsten Jahren auf? Ich gehe derzeit davon aus, dass der neue Stadtrat für das Jahr 2010 ein Haushaltssicherungskonzept stemmen muss. Die Datengrundlage hierfür wird zur Zeit in den Fachbereichen geklärt. Hierzu gehört

insbesondere die bekannte Fragestellung, welche Aufwendungen vom Umfang und der Höhe her pflichtig sind und welche freiwillig sind. Haushaltssicherungskonzept heißt dann: Alles muss auf den Prüfstand. Welche freiwilligen Leistungen können und wollen wir einstellen? Welche Erträge können und wollen wir steigern? Bei welchen pflichtigen Leistungen können und wollen wir den Standard senken? Schließlich: Welche Investitionen haben für uns Priorität und auf welche müssen wir verzichten? Meine Damen und Herren, an dieser Stelle aber auch ein ehrliches Wort an all die, die in den Diskussionen der letzten Tage den Eindruck erweckt haben, wir müssten nur den Rotstift ansetzen und schon wäre die Welt wieder in Ordnung. Das ist naiv - aus meiner Sicht - und greift viel zu kurz. Diese Krise lösen wir nicht nur durch Sparen. Das ist zwar notwendig, aber auf keinen Fall hinreichend. Erforderlich sind langfristig tragfähige Konzepte, die sowohl diesem Ziel gerecht werden, aber auch die Zukunft der Stadt sichern helfen. Wie ist unsere aktuelle Situation? Selbst wenn wir unsere rein freiwilligen Leistungen - und zwar Leistungen ohne jegliche Bindung - radikal kürzen, macht das nur ca. 1% aller Aufwendungen aus. Mit dem bekannten Instrument der Kürzung freiwilliger Leistungen ist dieser Krise nicht beizukommen. Zudem gilt, dass das Streichen von freiwilligen Leistungen sogar für die Finanzen der Stadt kontraproduktiv sein kann. Vielleicht nur zwei Beispiele: Wenn wir Chancen verpassen, uns jetzt als die Einkaufsstadt im Rechtsrheinischen zu positionieren, verlieren wir Kaufkraft, Arbeitsplätze und Steuerkraft. Oder wenn wir unseren guten Standard im Bereich der Kinderbetreuung abbauen, sind wir nicht mehr die kinderfreundliche Stadt, die Familien und ansiedlungswillige Unternehmen anzieht. Negative demographische Auswirkungen mit erheblichen finanziellen Spätfolgen kommen dann als Bumerang zurück. Das darf nicht sein. Wir müssen kinder- und familienfreundliche Stadt bleiben. Es muss also intelligent gespart werden. Der Rasenmäher ist das falsche Instrument. Und ich wehre mich auch dagegen, dass jährliche Aufwendungen und Zukunftsinvestitionen in der Diskussion in einen Topf geworfen werden. Rezessionen erfordern von der öffentlichen Hand antizyklisches Verhalten. Die Zeiten von Heinrich Brüning dürften längst vorbei sein. Warum, meine Damen und Herren hat die Bundesregierung ein riesiges Konjunkturpaket aufgelegt? Damit zusätzliche Investitionen die Talfahrt der Wirtschaft zumindest bremsen, möglichst sogar einen Umschwung herbeiführen. Wenn wir tatenlos zusehen, werden die Steuereinnahmen weiter rapide sinken und die Soziallasten für gekündigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter steigen. Eine verhängnisvolle Schere aus meiner Sicht. Wer da von „Geldverpulvern“ spricht, der hat den Sinn des Konjunkturpakets überhaupt nicht verstanden. Wir in Bergisch Gladbach setzen dabei überwiegend auf Baumaßnahmen, mit denen wir in Zukunft wirtschaftlicher dastehen: Energetische Maßnahmen stehen in unserem Konzept ganz oben. Auch hier gilt also: Zukunftsweisendes Verhalten und keine unverständlichen Visionen. Diese Verwaltung und dieser Rat kommen ihrer Verantwortung damit nach. Ein Wort zur Finanzierung der Regionale-Maßnahmen. Die Regionale 2010 ist ein Strukturförderprogramm des Landes, das regionale Infrastruktur nachhaltig verbessern will. Wir haben mit dem Projekt stadt :gestalten etwas vorzuweisen, das bei der Regionale-Agentur inzwischen als Vorzeigeprojekt gilt. Millionen-Fördermittel werden in den nächsten Jahren nach Bergisch Gladbach fließen. Wenn wir diese Riesenchance verstreichen lassen, gehen wir über viele Jahre leer aus. Wenn ich mich daran erinnere, dass wir im Rat das Memorandum einstimmig verabschiedet haben, können wir heute gemeinsam stolz darauf sein, wie weit dieses Projekt inzwischen gediehen ist. Ich sage das aber auch mit Blick auf die Beratungen zum Wettbewerb West, die ja heute noch in Form einer Information auf der Tagesordnung stehen: Die Regionale 2010 ist für Bergisch Gladbach eine Chance ohne Alternative. Notwendige Maßnahmen, wie den Schandfleck am Bahnhof zu be-

seitigen oder den kaputten Belag der Fußgängerzone endlich wieder verkehrssicher zu machen, rücken damit entschieden näher. Und auch in der östlichen Stadtmitte ist eines ganz klar: Wir brauchen neue Perspektiven für diesen Teil der Stadtmitte, damit er gegen den boomenden Geschäftsbereich im Westen bestehen kann. Auch die Regionale-Agentur hat uns sehr deutlich gemacht, dass wir nur mit einem Gesamtkonzept bestehen können - unter Einschluss des Strunde-Projektes - auch wenn die einzelnen Maßnahmen Schritt für Schritt in einem Zeitraum 2015, eventuell bis 2020, umgesetzt werden. Ein letztes Wort zu den Kosten: Meine Damen und Herren, natürlich wird auch bei der Regionale auf Kosteneffizienz geschaut. Wir werden uns keinen Marmor in die Stadt legen, nur weil die Regionale es bezahlt. Vielmehr werden wir an den Planungen der Regionale mit Augenmerk und Blick auf die Kosten festhalten. Und auch bei der Finanzierung der Regionale-Maßnahmen gilt weiterhin: Wir stehen mit unserem Problem nicht allein da. So wie uns geht es allen Regionale-Städten. Und ich bin mir sicher, dass das Land uns mit der jahrelangen Arbeit und guten Planungen nicht im Regen stehen lassen wird. Bereits jetzt gibt es Sonderregelungen für Kommunen, die ihren Eigenanteil auf Grund der Haushaltssicherung nicht ohne Weiteres aufbringen können. Und wenn ich mir die Finanzausstattung der Städte in Nordrhein-Westfalen insgesamt anschau, dann stehen wir derzeit vor Diskussionen, die uns vielleicht zu ganz grundsätzlichen Veränderungen bringen werden. Ich war gestern in Düsseldorf bei einer Sitzung des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes und konnte daher im Austausch mit meinen Amtskollegen große Einigkeit feststellen. Wir waren uns alle einig: Mit den bekannten Instrumenten wie dem Kürzen freiwilliger Leistungen werden wir allein - so sehr wir uns auch noch anstrengen werden - nicht weit kommen. Wir brauchen nicht nur einen Rettungsschirm für Banken und Konzerne, sondern wir brauchen einen Rettungsschirm für die Kommunen. Eine Stadt - auch Bergisch Gladbach - wird aus eigener Kraft nicht gegen eine weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ankommen können. Für Banken und Autokonzerne werden Millionen ausgegeben. Ich kann nur sagen: Lieber Bund, liebes Land, vergesst nicht diejenigen, die vor Ort die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Denkt auch an die Finanzen der Kommunen. Meine Damen und Herren, diese grundsätzlichen Betrachtungen entlassen uns aber ganz sicher nicht aus der Verpflichtung zum verantwortungsvollen Umgang mit unseren Haushaltsmitteln. Die Verwaltung und der Rat der Stadt haben in der vergangenen Ratsperiode ihre Hausaufgaben gemacht und diesen Weg müssen wir jetzt konsequent und verantwortungsbewusst weitergehen. Vielen Dank.“

Herr Nagelschmidt erläutert, es bestünden Unstimmigkeiten zwischen der heutigen Mitteilung des Bürgermeisters und den Aussagen des Kämmerers in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses. Der Kämmerer habe geäußert, dass man sich zwischen der Sanierung von Schultoiletten und einem Prachtboulevard entscheiden müsse. Es sei allen Beteiligten bekannt, dass die Steuerschätzung schlecht ausfallen werde und es sei offensichtlich, dass die Stadt an einer Haushaltssperre nicht vorbeikommen werde. Dies nun nicht vorzunehmen halte er für Wahlkampf und unehrlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Herr Orth antwortet, die Stadt habe bisher kein Liquiditätsproblem und die vom Rat erteilten Ermächtigungen hätten bisher nicht in Anspruch genommen werden müssen. Es bestehe daher aus derzeitiger Sicht kein Handlungsbedarf hinsichtlich einer Haushaltssperre.

Herr Lang kritisiert, es handele sich bei der Mitteilung des Bürgermeisters um eine

reine Wahlkampfrede. Konkret sei der Bürgermeister in seiner Rede nicht geworden. Die BfBB-Fraktion werde eine zusätzliche Sitzung des Rates beantragen, wenn der Bürgermeister die Fragen der Fraktion zu den Kosten aller derzeit diskutierten Maßnahmen nicht beantworte. Die BfBB-Fraktion habe in vergangenen Sitzungen gefragt, ob es 40 Mio. EUR oder 50 Mio. EUR seien, die gerade diskutiert werden und ob die Stadt im Falle einer Kostenerhöhung eventuell 10 Mio. EUR oder 20 Mio. EUR selbst tragen müsse. In der Aussage, dass die Krise nicht durch Sparen zu bewältigen sei, liege der Bürgermeister falsch. Ohne drastische Sparmaßnahmen werde die Stadt nicht mehr über die Runden kommen; damit hätte man schon lange beginnen müssen. In wenigen Jahren werde wohl der Landrat über die Finanzen der Stadt Bergisch Gladbach entscheiden und nicht mehr der Rat und der Bürgermeister.

Herr Orth antwortet, die Fragen der BfBB-Fraktion würden - wie die Fragen anderer Fraktionen - pünktlich und umfänglich beantwortet.

Herr Dr. Fischer hält die Aussagen des Bürgermeisters für zu optimistisch. Die Aussage, dass die Stadt Schulden abgebaut habe, sei falsch. Es sei lediglich die jährliche Neuverschuldung zurückgegangen.

Herr Orth antwortet, er habe die langfristigen Verbindlichkeiten gemeint. Herr Kleine verweist ergänzend auf die den Ratsmitgliedern vorliegende Tischvorlage zu TOP A 19.1 (DS-Nr. 304/2009-1).

Herr Dr. Baeumle-Courth ist zum Thema „Finanzen der Stadt Bergisch Gladbach“ der Ansicht, dass man die Stadt nicht durch reine Sparsamkeit - wie z.B. durch das Kürzen freiwilliger Leistungen - entschulden könne, sondern dass Einnahmequellen erschlossen werden müssen. Er sieht das Land und den Bund in der Pflicht, eine nachhaltige Gemeindefinanzreform einzuleiten. Die Kommune könne dies unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit unterstützend begleiten, z.B. im Bereich der Gewerbegebietsentwicklung, Siedlungspolitik und der Infrastrukturkosten. Kostbare Gewerbeflächen müssten zukunftsfruchtig und nicht kurzfristig geplant und eine weitere Außenbereichsverdichtung müsse verhindert werden. Die Stadt müsse bei mehreren sinnvollen Alternativen nicht die teuerste auswählen; konkret würden ein Kreisel am Waatsack und auch ein Autobahnzubringer nicht benötigt. Der Tourismusbereich müsse entwickelt und der Hochschulstandort Bergisch Gladbach ausgebaut werden. Eine weitere Chance, Strukturen zukunftsfruchtig zu entwickeln, sei die Regionale 2010.

Herr Schütz kritisiert, dass der Rat sich derart lang mit den Mitteilungen des Bürgermeisters aufhalte.

Herr Mumdey antwortet zusammenfassend, das Jahr 2007 sei deutlich besser verlaufen, als geplant. So seien sogar Personalkosten eingespart worden und die Verbindlichkeiten zurückgegangen. In den Jahren 2008 und 2009 sei kein einziger langfristiger Kredit neu aufgenommen worden. Daher könne die Verschuldung auch gar nicht gestiegen sein. Auch im Bereich der Kassenkredite bewege sich alles im Rahmen. In Bezug auf die Kritik von Herrn Nagelschmidt zu seinen Ausführungen in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses stellt Herr Mumdey klar, dass grundsätzlich auch die Regionale-Positionen im Nothaushalt unter die aufsichtsbehördliche Regelung „Nettokreditaufnahme Null minus ein Drittel“ fallen würden und dass es auch in Bezug auf die Regionale-Maßnahmen im Einzelfall zu Abwägungen kommen

werde. Er habe zu keinem Zeitpunkt behauptet, dass die Regionale grundsätzlich nicht verwirklicht werden könne. Herr Mumdey erläutert, das Etatrecht sei grundsätzlich Sache des Rates. Er könne daher nicht verstehen, warum in Sachen Haushaltssperre ständig auf den Kämmerer verwiesen werde. Es stehe dem Rat durchaus frei, von bestimmten Maßnahmen abzusehen.

Herr Mömkes entgegnet, dass der Rat zwar die Etatentscheidungen treffe, der Bürgermeister jedoch die Verantwortung für die Durchführung und Fortsetzung des Haushaltes trage. Wenn er dabei eine Schieflage bemerke, so müsse er auch für eine Haushaltssperre sorgen.

Herr Orth versichert Herrn Mömkes, dass der Verwaltungsvorstand seiner Verantwortung vollumfänglich gerecht werde.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Orth schlägt vor, auf Grund des fortgeschrittenen Zeitverlaufs zunächst die Einwohnerfragestunde durchzuführen, womit sich der Rat einvernehmlich einverstanden zeigt.

12. <-@
Einwohnerfragestunde

@->

Herr Orth erläutert, ihm läge eine Frage von Herrn Hoffmann vor. Dabei handle es sich aus seiner Sicht jedoch nicht um eine Frage, die der Bürgermeister in der Einwohnerfragestunde zu beantworten habe.

5. <-@
Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.

@->

Herr Hagen begibt sich auf Grund von Befangenheit in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

Herr Orth bedankt sich beim Verschönerungsverein für das außerordentliche und großzügige Engagement für die Stadtbildpflege.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. wird mit besonderem Dank angenommen.

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

6. <-@
III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)

@->

Der Rat fasst mehrheitlich gegen zwei Stimmen aus den Reihen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Die III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

<-@

7. **Konzept zur Steuerung und Kontrolle der privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach**

@->

Herr Dr. Fischer fragt zu Ziffer 1.2 in den Erläuterungen der Vorlage, ob der Rat über Alternative a) oder Alternative b) abstimme.

Herr Orth antwortet, man habe sich im Hauptausschuss auf die Abschaffung der fakultativen Aufsichtsräte - also die Alternative b) - verständigt. Hierüber solle der Rat heute entscheiden.

Herr Ziffus befürwortet das Konzept grundsätzlich. Die bisherige Regelung für die Steuerung der Beteiligungen sei nicht ausreichend gewesen. Zudem hätten bisher die Fraktionen, von denen kein Mitglied in den Organen der Beteiligungen vertreten war, auf Informationen aus den Gesellschaften warten müssen, während die anderen Fraktionen gleichzeitig gut informiert waren. Herr Ziffus hält den Vorschlag einer Zusammenlegung von Hauptausschuss und Finanz- und Liegenschaftsausschuss für äußerst problematisch, da die Aufgaben der Ausschüsse nur schwer zu vereinen seien.

Herr Lang dankt der Verwaltung für die Vorlage, mit der zumindest der richtige Weg eingeschlagen werde. Die BfBB-Fraktion habe eine Auflösung der Eigengesellschaften beantragt.

Auch Herr Schütz hält das bisherige Verfahren für ungeeignet. Das vorgelegte Konzept sei zwar notwendig, aber noch nicht hinreichend und müsse künftig weiterentwickelt werden. Aus diesem Grunde werde sich die Fraktion KIDinitiative heute ihrer Stimme enthalten.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, dass gleichzeitig mit einer Abschaffung der fakultativen Aufsichtsräte dafür gesorgt werden müsse, dass die Gesellschafterversammlungen entsprechend eingerichtet werden. Er verweist beispielhaft auf die Bäder GmbH, in der die Gesellschafterversammlung derzeit nur aus einer einzigen Person - dem Bürgermeister - bestehe.

Herr Orth verweist auf Ziffer 2. des Beschlussvorschlages.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

1. Dem der Vorlage als Anlage beigefügten Konzept zur Steuerung und Kontrolle der privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen, an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist, wird zugestimmt.
2. Die städtischen Vertreterinnen und Vertreter in den Organen der Unternehmen und Einrichtungen werden beauftragt, das Konzept umzusetzen bzw. bei Minderheitsbeteiligung auf die Umsetzung hinzuwirken.

<-@

8. Abschluss eines Kooperationsvertrages zum regionalen Bildungsnetzwerk mit der Gemeinde Odenthal und dem Rheinisch-Bergischen Kreis

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Der Rat ermächtigt die Verwaltung zum Abschluss eines Kooperationsvertrages zum regionalen Bildungsnetzwerk mit der Gemeinde Odenthal und dem Rheinisch-Bergischen Kreis.

<-@

9. Jahresrechnung 2007

@->

Herr Orth weist darauf hin, dass der Rat nur über Ziffer II. des Beschlussvorschlages abstimme.

Frau Schmidt-Bolzmann erläutert, in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses sei eine Differenz zwischen den Zahlen der Verwaltung und den Zahlen der KDVBZ in Höhe von 16 Mio. EUR bemerkt worden. Die Verwaltung habe zugesichert, die Differenz bis zur Ratssitzung aufzuklären, was jedoch nicht erfolgt sei.

Herr Mumdey antwortet, es handele sich um ein Abstimmungsproblem mit der KDVBZ, das die Verwaltung aufklären werde.

Herr Kötter ergänzt, die Differenz sei in einer Summendarstellung der Ist-Einnahmen und der Ist-Ausgaben aufgetaucht. Dies werde vom Rechnungsprüfungsamt selbstverständlich weiter verfolgt, da es sich unter Umständen auf die Eröffnungsbilanz auswirken könnte. Dieser Passus sei auch im Prüfbericht zur Stadtkasse 2008 aufgeführt. Das einzige, was die Verwaltung noch nicht endgültig belegt habe, ist der genaue Ursprung der Differenz.

Herr Ziffus erläutert, der Prüfbericht sei viel verständlicher und auch informativer als der Jahresabschluss selbst. Es sei der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN aufgefallen, dass die Neukalkulation der Gebühren für Märkte und Kirmessen in das Jahr 2010 verschoben worden sei. Zudem sei bei einem durch ein Euribor-Geschäft abgesicherten Kredit aus 2004 wohl die Spekulation missglückt. An dieser Stelle zahle die Stadt mittlerweile 7% Zinsen. Es müsse außerdem festgestellt werden, dass die Stellplatzablösebeträge zur Senkung der Kassenkredite verwendet worden seien. Der Bau neuer Parkhäuser werde demnach direkt neue Kreditaufnahmen nötig machen.

Herr Dr. Fischer beantragt die Vertagung der Entscheidung in die nächste Ratssitzung.

Der Antrag wird gegen fünf Stimmen aus den Reihen der SPD-Fraktion mehrheitlich angenommen.

10. <-@
Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Städtische Feuerwehr“ der Stadt Bergisch Gladbach

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2007 in
Aktiva und Passiva mit **25.139.113,70 EUR**

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von **-4.918.854,03 EUR fest.**

2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2007 fest.
3. Der Jahresfehlbetrag sowie ein Teil des Verlustvortrages aus 2006 werden in Höhe von 5.213.000,- EUR durch Entnahme aus den Rücklagen abgedeckt.

11. <-@
Wirtschaftsplannachtrag 2009 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“

@->

Herr Nagelschmidt erläutert, es sei der einzige Zweck des Wirtschaftsplannachtrages, die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 5.995.000,- EUR bzw. die damit verbundenen Maßnahmen über den Nothaushalt zu retten. Die Stadt habe wahrscheinlich keine andere Wahl, ein Privatmann könne jedoch auch keine Kredite aufnehmen, wenn er bereits wisse, dass er diese nicht bedienen könne. Dies sei keine seriöse Finanzpolitik.

Herr Mumdey entgegnet, mit dem Nachtrag würden der auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion gefasste Beschluss zum Neubau des Schulschwimmbades Mohnweg - sowie auch die Finanzierung der Generalsanierung des Schulzentrums Saaler Mühle in einer größeren Maßnahme in einem zusammenhängenden Zeitraum - finanziell umgesetzt. Die Verpflichtungsermächtigung zur Einrichtung eines gebundenen Ganztagsangebotes stehe unter zwei Vorbehalten, nämlich der Zustimmung der Schulkonferenzen und einem separaten Beschluss des Finanz- und Liegenschaftsausschusses.

Herr Lang erläutert, in einem Punkt seien Mehrkosten in Höhe von 2,8 Mio. EUR erwähnt, was im Verhältnis zu den vorher angesetzten 12 Mio. EUR über 22% entspreche. Wenn dies bei allen derzeit diskutierten Maßnahmen eintrete - was er aus langjähriger Erfahrung für wahrscheinlich erachte - dann werde die Finanznot der Stadt noch wesentlich größer werden. Er bittet um Beantwortung der Frage, wie viel dem Ingenieur nun mehr bezahlt werden müsse, dessen Bezahlung nach der Höhe der Herstellungskosten bemessen werde. Zudem fragt Herr Lang, warum die nunmehr angeführten Kostensteigerungen in Höhe von 0,5 Mio. EUR für den Ausbau und die Entsorgung von schadstoffbelasteten Materialien nicht schon vorher bekannt gewesen seien. Das gleiche gelte für die zusätzlichen 0,5 Mio. EUR für das Wiederherstellen und Anlegen der Außenbereiche. Die BfBB-Fraktion verlange eine Antwort auf die Fragen, werde dem Beschlussvorschlag jedoch zustimmen, da der Bereich Bildung und Schulen oberste Priorität habe.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag, da die Maßnahmen unbedingt durchgeführt werden sollen.

Herr Dr. Kassner fragt, ob es zutreffe, dass die langfristigen Verbindlichkeiten deshalb gesenkt werden konnten, weil diese in kurzfristige Verbindlichkeiten umgeschichtet worden seien. Er fragt außerdem, ob seine Annahme zutreffe, dass es nicht reiche, eine Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt aufzunehmen, sondern dass die Maßnahme nur gerettet werden könne, wenn man damit beginne, was aus seiner Sicht in dem Moment geschehe, in dem die Maßnahme ausgeschrieben werde, was von Herrn Orth bejaht wird.

Herr Mumdey antwortet, die Stadt habe in den letzten Monaten keine umfänglichen Kredite aufnehmen müssen. Er habe in einem Fall eine Ermächtigung für den Fachbereich 8 verfallen lassen, da die Kassenkredite so günstig gewesen seien. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum betrage die Differenz im Bereich Kassenkredite nur 1 Mio. EUR.

Herr Schütz äußert die Zustimmung der Fraktion KIDitiative, da es sich um wichtige Investitionen in den Bereichen Bildung, Schule und Jugend handele. Es verwirre ihn, dass in der Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung zu TOP A 11 vermerkt sei, der Finanz- und Liegenschaftsausschuss habe seine Beschlussempfehlung mehrheitlich bei zwei Enthaltungen gefasst. Wenn keine Gegenstimmen vorgelegen haben, sei der Beschluss einstimmig gefasst worden. Er bittet um Aufklärung.

Herr Lang fragt in Richtung der CDU-Fraktion, wie nun mit deren Antrag, ein 25-Meter-Becken zu errichten, weiter verfahren werden solle.

Herr Orth ruft Herrn Lang zur Sache.

Herr Lang fragt, ob die Zuschüsse zu den geplanten Maßnahmen bereits bewilligt seien.

Herr Mumdey antwortet, es gehe heute nicht um einen Maßnahmebeschluss, sondern nur um die Sicherstellung der Finanzierung. Die Entscheidung über die Maßnahme

habe der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport getroffen. Zum Schwimmbad Mohnweg seien der Stadt keine Zuschüsse in Aussicht gestellt worden.

Herr Mömkes entgegnet auf die Frage von Herrn Lang, die CDU-Fraktion habe einen derartigen Antrag nicht gestellt. Man habe die Verwaltung gebeten, die Kosten für die verschiedenen Varianten darzustellen, um auf dieser Grundlage eine Entscheidung treffen zu können, was auch geschehen sei.

Herr Hoffstadt schlägt vor, Herrn Nagelschmidt und Herrn Lang eine Liste mit den freiwilligen Maßnahmen der Stadt zukommen zu lassen, damit diese konkrete Vorschläge für Einsparungen machen können.

Herr Dr. Mieke kritisiert, das Renovierungsprojekt Mohnweg sei - wie auch andere Maßnahmen - jahrelang in den Gremien des Rates beraten und diskutiert worden und werde nach dann nahezu einstimmigen Beschlüssen in der heutigen Sitzung wieder zerredet. Dies könne er nicht mittragen.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@
@->

Der Wirtschaftsplan wird gemäß § 14 Abs. 2 EigVO geändert und in der aus der Anlage zur Vorlage ersichtlichen Form beschlossen.

13. <-@
Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach - Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6.-10. Lebensjahr

@->

Herr Lang bittet um eine kurze mündliche inhaltliche Zusammenfassung der Vorlage.

Aus den Reihen des Rates wird Kritik an dieser Forderung geäußert.

Herr Dr. Speer verweist auf den Beschlussvorschlag. Es solle eine Anpassung vorgenommen werden an die geltenden Richtlinien sowie an die Wünsche der Träger, Schulen und der Politik.

Herr Lang entgegnet, sein Informationsrecht als Ratsmitglied könne nicht durch Mehrheitsentscheidung abgelehnt werden. Seine Frage sei nicht beantwortet worden; der wesentliche Inhalt der Vorlage habe sich ihm nicht erschlossen.

Herr Dr. Mieke erläutert, die Angelegenheit sei interfraktionell etwa zwei Jahre lang diskutiert worden und man sei mit äußerster Mühe zu einem für alle tragbaren Beschluss gelangt. Wenn es Herrn Lang in diesen zwei Jahren nicht möglich gewesen sei, von den Mitgliedern der BfBB, die im Ausschuss von Anfang an in der Sache mitgewirkt hätten, die notwendigen Informationen für eine heutige Beschlussfassung zu erhalten, so sei dies erstaunlich. Er sei nicht bereit, heute eine „Nachhilfestunde“ über die Inhalte einer zwei Jahre währenden Diskussion vorzunehmen.

Herr Lang kritisiert diese aus seiner Sicht unsachliche Stellungnahme.

Herr Dr. Kassner und Frau Beisenherz-Galas äußern sich ebenfalls gegen eine erneute inhaltliche Darstellung der Vorlage in der heutigen Sitzung.

Herr Orth verweist auf die Erläuterungen in der Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung: Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 09.06.2009 die Angelegenheit beraten. In den Text der Richtlinien wurden folgende Ergänzungen eingefügt: In Ziffer 8.8 lautet Satz 4 anstatt „Übersteigt der Rücklage am 31. Juli ein Viertel der bewilligten Kindpauschalen ...“ neu: „Übersteigt die Rücklage am 31. Juli 30% der bewilligten Kindpauschalen ...“. Ziffer 5.3 wurde ergänzt: „Die Leiterin/der Leiter des Außerunterrichtlichen Angebotes sollte an der Lehrerkonferenz teilnehmen können, wenn das Außerunterrichtliche Angebot betroffen ist.“ Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat dem Rat einstimmig bei drei Enthaltungen von FDP und BfBB empfohlen, dem Beschlussvorschlag mit diesen Ergänzungen zu folgen. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.06.2009 wurde zusätzlich Ziffer 4.2.9 wie folgt ergänzt: „die Mitwirkungsrechte (...) der Eltern und Kinder und der pädagogischen Fachkräfte.“ Der Jugendhilfeausschuss ist in der Sitzung am 16.06.2009 mit dieser und den in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vorgenommenen Ergänzungen einstimmig der Beschlussempfehlung gefolgt. Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss ist in der Sitzung am 23.06.2009 einstimmig den Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse gefolgt.

Der Rat fasst **unter Einbeziehung dieser Ergänzungen** einstimmig bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

~~<-@~~
@->

- 1. Es wird begrüßt, mit der Neufassung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Offenen Ganztagsgrundschulen einen Einstieg zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach gefunden zu haben.**
- 2. Dem Teil II der städtischen Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach über die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6.-10. Lebensjahr, die die städtischen Richtlinien zur Förderung der Offenen Ganztagsgrundschulen beinhalten, wird zugestimmt.**
- 3. § 2 (12) der Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern vom 08.06.2006, der lautet: „Für Kinder des 1. bis 6. Schuljahres der Wilhelm-Wagener-Schule, die das Außerunterrichtliche Angebot der Offenen Ganztagschule besuchen, wird seitens der Stadt Bergisch Gladbach kein Beitrag erhoben.“ wird mit Wirkung ab 01.08.2009 gestrichen.**
- 4. Die Regelungen in den „Richtlinien zur Förderung des Außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach“ (Beschluss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach vom 27.05.2004, zuletzt geändert am 20.09.2007) über die städtische Förderung von Betreuungsangeboten an weiterführenden**

Schulen behalten bis zur Beschlussfassung über die „Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach-Teil III: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 10.-15. Lebensjahr“ ihre Gültigkeit.

5. In Abänderung der bisherigen Beschlusslage wird für das Außerunterrichtliche Angebot an den städtischen Grundschulen und der Wilhelm-Wagener-Schule die stadtweite Platzzahl auf 2.170 ab dem 01.08.2009 festgesetzt.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, für den JHA und den ABKSS eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, in der die Kriterien und Verfahrensweise festgesetzt werden, damit die vorrangig bedürftigen (im Sinne des SGB VIII) Kinder in das Außerunterrichtliche Angebot aufgenommen werden, wenn nicht hinreichend Haushaltsmittel für eine Nachfrage deckende Anzahl von Plätzen zur Verfügung gestellt werden können.

14. <-@
Künftige Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Bergisch Gladbach

@->

Herr Mömkes, Herr Schütz, Frau Kreft, Herr Dr. Baeumle-Courth und Frau Koshofer begrüßen den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis über die Finanzierung und die Fortführung der Verbraucherberatungsstelle in Bergisch Gladbach. Herr Schütz und Herr Dr. Baeumle-Courth bitten darum, die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle, die trotz Personalknappheit eine der leistungsfähigsten in ganz Nordrhein-Westfalen sei, langfristig sicher zu stellen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle in Bergisch Gladbach wird ab dem Jahr 2010 so umgestellt, dass der Rheinisch-Bergische Kreis einen jährlichen Zuschuss in Höhe von maximal 67.000,- EUR und die Stadt Bergisch Gladbach einen jährlichen Zuschuss in Höhe von maximal 35.000,- EUR gewährt.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Vertrag mit dem „Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V.“ und dem Rheinisch-Bergischen Kreis abzuschließen. Der Vertrag soll eine Laufzeit von drei Jahren haben.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden in den Haushaltsplan 2010 eingestellt.

15. <-@
Entwurf der Eröffnungsbilanz einschl. Lagebericht und Anhang der Stadt Bergisch Gladbach zum 01.01.2008

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Der Rat nimmt den vom Kämmerer am 05.06.2009 aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf der Eröffnungsbilanz einschließlich Lagebericht und Anhang der Stadt Bergisch Gladbach zum 01.01.2008 zur Kenntnis und leitet ihn an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung gemäß § 92 (5) GO NRW weiter.

16.

<-@

Ergebnis des Wettbewerbes „Gestaltung des öffentlichen Raumes (Stadtmitte West)“

- Beschluss zum weiteren Verfahren

@->

Frau Kreft schlägt eine Sitzungsunterbrechung vor.

Mit diesem Vorschlag zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

Herr Orth unterbricht die Sitzung um 18:48 Uhr.

Die Sitzung wird um 19:00 Uhr fortgesetzt.

Frau Müller-Veit erläutert, die Verwaltung werde den Rat heute über das Verfahren zum weiteren Umgang mit dem Wettbewerbsergebnis unterrichten. Der Rat fasse heute keinen Maßnahmebeschluss; dies werde im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr erfolgen, nachdem die Detailplanung mit einer Kostenberechnung vorgestellt worden sei. Die Vergabeentscheidung treffe der Vergabeausschuss. Das Preisgericht habe in der letzten Woche getagt und die Gewinner des Wettbewerbs ermittelt. Deren Entwürfe würden den Ratsmitgliedern heute in einer Präsentation vorgeführt. Die Verwaltung werde mit den drei Büros verhandeln, wobei die Präferenz bei dem ersten Preisträger liege. Der Kostenrahmen solle unbedingt eingehalten werden. Die Verhandlungen würden Zeit in Anspruch nehmen; das Verfahren solle jedoch über die Sommerpause abgeschlossen werden, da im September die Entwurfsplanung mit der Kostenberechnung erarbeitet werden müsse. Nach der Kommunalwahl werde der entsprechende Vergabebeschluss gefasst. Mit den Ergebnissen der Überarbeitung werde im Oktober ein Förderungsantrag gestellt. In diesem Turnus würden die zuständigen Ausschüsse auch über die Ergebnisse der Überarbeitung unterrichtet. Auch zum Bereich Stadtmitte Ost laufe derzeit ein freiraumplanerischer Wettbewerb. Das Preisgericht tagte am 17.08.2009. Mit diesem Verfahren werde genauso umgegangen wie mit dem Verfahren Stadtmitte West.

Es folgt ein Vortrag von Herrn Krause (Fachbereich 6-61) über die Wettbewerbsergebnisse.

Herr Nagelschmidt fragt, welche Kosten die Entwürfe verursacht hätten und wie groß der Kostenrahmen für die Maßnahme „Gestaltung des öffentlichen Raumes (Stadtmitte West)“ insgesamt sei.

Frau Müller-Veit antwortet, der Wettbewerb habe einen Kostenrahmen von insgesamt 60.000,- EUR. Diese Kosten würden voll bezuschusst und die Stadt habe nur einen Anteil daran zu tragen. Die Gesamtkostenhöhe sei mit 3,2 Mio. EUR veranschlagt,

würde jetzt aber hinterfragt, da der Verwaltung die Ausführungen der Planungsbüros nicht ausreichen würden.

Herr Ziffus kann nicht nachvollziehen, warum das Preisgericht sich für den präsentierten Sieger entschieden habe. Er selbst ziehe die Entwürfe auf den Plätzen 4 und 3 den Entwürfen auf den Plätzen 2 und 1 in dieser absteigenden Reihenfolge vor.

Herr Orth entgegnet, dies solle in den Fachausschusssitzungen diskutiert werden.

Frau Hammelrath ergänzt, das Preisgericht sei mit unanfechtbaren Fachleuten besetzt und die Entscheidungsfindung sei sehr überzeugend und für sie nachvollziehbar verlaufen. Es solle so verfahren werden, wie von der Verwaltung dargestellt.

Frau Graner ist davon überzeugt, dass sich das Preisgericht richtig entschieden habe und unterstützt Frau Hammelrath in ihrer Aussage.

Herr Mömkes schließt sich diesen Ausführungen an. Die inhaltliche Diskussion solle in den Fachausschüssen stattfinden.

Herr Dr. Kassner regt für die weiteren Verhandlungen mit den Planungsbüros, die die ersten drei Plätze belegen, folgendes an: In dem erstplatzierten Entwurf sei das Problem der Unterbringung des Taxistandes am Bahnhof nicht gelöst und die Straßenlaternen müssten mit dem Beleuchtungskonzept der Stadt in Einklang gebracht werden.

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, die Planungsbüros hätten sich über den Kostenaspekt mehr oder weniger hinweggesetzt. Einige Büros hätten sehr optimistisch kalkuliert, andere hätten vollkommen utopische Kalkulationen vorgelegt, so dass diesbezüglich noch Nachbearbeitungsbedarf bestehe. Er bittet darum, insbesondere auch die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung (Regionale-Tag) zu berücksichtigen. Im weiteren Verfahren sollten die Fachausschüsse frühzeitig und intensiv beteiligt werden.

Herr Dr. Steffen plädiert dafür, die guten Aspekte aus den verschiedenen Entwürfen umzusetzen und die Entwürfe auf diese Weise zu „vermischen“.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, dass neben einer Lösung für den Taxistand am Bahnhof auch Kurzzeitparkplätze eingerichtet werden müssen für den Abholverkehr am Bahnhof. Er bittet außerdem darum, das Gutachten aus dem Jahr 2001 zur Fahrradstation für die Entscheidung heranzuziehen, an welchen Stellen - neben der bereits beschlossenen Radstation - Fahrradabstellplätze eingerichtet werden sollen, um das „wilde“ Abstellen von Fahrrädern in der Stadt zu verhindern. Die im drittplatzierten Entwurf vorgesehene Öffnung zur Villa Zanders solle umgesetzt werden, damit die Villa besser sichtbar werde.

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

[←-@](#)

17. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

17.1 Antrag der Fraktion KIDinitiative vom 15.06.2009 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen

und

17.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 04.06.2009 zur Umbesetzung im Ausschuss für

Bildung, Kultur, Schule und Sport

@->

Herr Orth schlägt vor, über die TOP A 17.1 und 17.2 gemeinsam abzustimmen, womit sich der Rat einvernehmlich einverstanden zeigt.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Anträge zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen werden angenommen.

<-@

18. Anträge der Fraktionen

18.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 29.04.2009 zum Schwimmbad Mohnweg

@->

Herr Orth erläutert, der Antrag habe sich erledigt, da der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und der Finanz- und Liegenschaftsausschuss in der Angelegenheit „Neubau der Sport- und Schwimmhalle Wilhelm-Wagener-Schule/Refrath“ bereits beraten und entschieden haben.

Hiermit zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

<-@

18.2 Antrag der BfBB-Fraktion vom 19.05.2009 zum Kindergarten „Lauter Pänz“

@->

Der Rat überweist den Antrag einvernehmlich ohne Aussprache an den Jugendhilfeausschuss.

<-@

18.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 15.06.2009 zum Ausbau von Sportstätten mit Kunstrasenplätzen

und

18.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 15.06.2009 zur Sanierung von Sportplätzen

@->

Herr Orth schlägt vor, über die TOP A 18.3 und 18.4 gemeinsam abzustimmen, womit sich der Rat einvernehmlich einverstanden zeigt.

Herr Ziffus erläutert, er habe Informationen erhalten über das Thema „Belastung von modernen Kunstrasenplätzen mit möglicherweise krebsauslösenden Substanzen“. Dabei gehe es im Wesentlichen um die Gummiauffüllung in der oberen Schicht von Kunstrasenplätzen. Er bittet die Verwaltung darum, den zuständigen Fachausschuss über dieses Thema zu informieren.

Herr Orth bittet Herrn Ziffus, der Verwaltung seine Informationen zur Verfügung zu stellen.

Herr Schütz fragt, ob die Bezuschussung von Kunstrasenplätzen durch die Stadt im Falle einer „Haushaltssperre“ überhaupt noch möglich wäre.

Herr Mumdey antwortet, Gelder aus dem Konjunkturpaket seien davon nicht betroffen.

Herr Orth weist auf die Geschäftsordnung hin, nach der Anträge, die die Zuständigkeit eines Fachausschusses betreffen, ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen seien.

Herr Lang fragt, warum manche Anträge ohne Aussprache verwiesen würden und der Bürgermeister zu anderen Anträgen eine Diskussion zulasse.

Herr Orth entgegnet, er wolle die gerade zitierte Vorschrift der Geschäftsordnung gerne jederzeit einhalten. Die Ratsmitglieder würden sich jedoch häufig sehr engagiert und kreativ in Bezug auf ihre Anträge und Anfragen verhalten.

Frau Schmidt-Bolzmann erläutert, die Mittel aus dem Konjunkturpaket in Höhe von 1 Mio. EUR sollten nicht nur für Kunstrasenplätze verwendet werden. Es gebe großen Investitionsbedarf im Bereich Grundschulen zum Ausbau der Offenen Ganztagschulen, insbesondere an einer Grundschule in Refrath.

Herr Orth entgegnet, er habe vorgeschlagen, von den ca. 12 Mio. EUR pauschal 1 Mio. EUR als Budget für den Bereich „Sportinfrastruktur“ bereitzustellen und 0,5 Mio. für ausgefallene Landesmittel aus dem „1.000-Schulen-Programm“. Der Rat habe jedoch anders entschieden.

Der Rat überweist die Anträge einvernehmlich ohne weitere Aussprache an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport sowie an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss.

<-@
18.5 Antrag der FDP-Fraktion vom 15.06.2009 zur Initiierung eines Projektes „Schultechnikum Rhein-Berg“

@->

Der Rat überweist den Antrag einvernehmlich ohne Aussprache an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

<-@
19. Anfragen der Ratsmitglieder
19.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 15.06.2009 zum Thema „Finanzen der Stadt Bergisch Gladbach“

@->

Herr Nagelschmidt fragt unter Bezugnahme auf die Diskussion zu TOP A 4 der heutigen Sitzung, wie im nächsten Jahr ein Defizit von 20 Mio. EUR bis 30 Mio. EUR - auch nach Abzug der Abschreibungen und Pensionsrückstellungen - von der Stadt finanziert werden solle ohne Erhöhungen im Bereich Kassenkredite und langfristige Verbindlichkeiten. Zudem kritisiert er die Antwort der Verwaltung zum Bereich „Veräußerung von Vermögenswerten“, dass nur Anteile der RBS in Höhe von 1 Mio. EUR veräußert worden seien. Dazu könne der Bürgermeister auch im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Stellung nehmen.

Herr Mumdey antwortet, von dem Defizit entfielen etwa 10 Mio. EUR auf kalkulatorische Positionen. Zurzeit lägen die Voraussetzungen für eine Haushaltssperre noch nicht vor. Entscheidend sei, ob die Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer tatsächlich eintreten oder nicht. Dazu müsse die Abrechnung des 2. Quartals abgewartet werden. Bei der Gewerbesteuer sei der Monat Mai außergewöhnlich gut verlaufen. Aber auch in diesem Fall müsse die Quartalsabrechnung abgewartet werden. Diese Informationen würden ihm jedoch erst Ende Juli zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Fischer fragt, wann der Controllingbericht 30.06.2009 fertig gestellt werde.

Herr Orth antwortet, dies werde Ende Juli erfolgen.

Herr Lang fragt, seit wann die Verwaltung aus Anfragen Tagesordnungspunkte machen könne. Die Gemeindeordnung sehe seines Wissens nur vor, dass Anträge in die Tagesordnung aufgenommen werden müssen. Er bittet um Mitteilung über die gesetzlichen Grundlagen. Er bittet außerdem darum, künftig auch die Anfragen der BfBB-Fraktion als Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen, sofern dies möglich sei.

Herr Orth weist darauf hin, es gehe vorliegend um die Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion. Die Frage von Herrn Lang werde schriftlich beantwortet.

Der Rat nimmt die schriftliche Antwort zur Kenntnis.

19.2 <-@ Mündliche Anfragen der Ratsmitglieder

@->

Herr Schütz: Anfrage zum Einsatz sog. „White Boards“ in Schulen

Herr Schütz fragt, ob der Verwaltung die Möglichkeit des Einsatzes interaktiver „White Boards“ an Stelle herkömmlicher Schultafeln bekannt sei und ob es Planungen gebe, diese evtl. in einem Modellversuch in Schulen einzusetzen.

Herr Dr. Speer antwortet, der Verwaltung seien interaktive „White Boards“ bekannt. Der Einsatz dieser Technik sei jedoch aus Kostengründen verworfen worden.

Herr Schütz fragt ergänzend, welche Kosten ein Einsatz interaktiver „White Boards“ verursacht hätte.

Herr Dr. Speer verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Dr. Steffen: Anfrage zum Kunstrasenplatz des SV 09

Herr Dr. Steffen fragt, wie intensiv der Kunstrasenplatz des SV 09 unter der Woche genutzt werde und ob der Platz, wenn er vom SV 09 nicht genutzt werde, nicht anderen Vereinen zur Verfügung gestellt werden könne. Er bittet um eine schriftliche Beantwortung seiner Anfrage.

Herr Dr. Speer antwortet, der Sportplatz Am Wapelsberg sei Eigentum der Stadt und sollte aus Gründen der Haushaltssicherung aufgegeben werden. Daraufhin habe der SV 09 angeboten, den Platz als Kunstrasenplatz auf eigene Kosten zu sanieren, wenn die Stadt dem Verein den Platz in Form eines Nutzungsüberlassungsvertrages überlasse. Dem habe die Stadt unter der Voraussetzung eines Zugriffsrechtes bei gleichzeitiger Beteiligung an den Unterhaltungskosten zugestimmt. Es sei vereinbart worden, dass die Stadt den Platz an vier oder fünf Tagen nutzen könne und dass auf dem Platz bis 16:00 Uhr Schulsport stattfinden könne. Daneben habe der SV 09 eingeräumt, dass in Absprache mit dem Rat auch andere Vereine den Platz nutzen können; dies sei jedoch auf Grund der Entwicklung der Jugendabteilung beim SV 09 nunmehr illusorisch geworden.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zur Diepeschrather Mühle

Frau Beisenherz-Galas fragt, wann die Neueröffnung der Diepeschrather Mühle zu erwarten sei. Diese werde schon seit langer Zeit umgebaut. Sie habe gehört, die Verzögerung begründe sich mit ständig neuen Auflagen der Stadt.

Herr Schmickler antwortet, die Verzögerung sei nicht damit zu begründen, dass die Stadt ständig neue Auflagen mache. Es handele sich vielmehr um eine Kombination aus langsamem Baufortschritt, verzögerter Vorlage von Unterlagen und der fehlenden Beteiligung weiterer Behörden, die die Stadt jedoch nicht zu verschulden habe.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zum Supermarkt Kempener Straße

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob die Presseberichte zum Einzelhandelskonzept zuträfen, wonach der Bürgermeister dem Immobilienbesitzer des Supermarktes Kempener Straße eine klare Zusage gegeben habe hinsichtlich einer Erweiterungsmöglichkeit.

Dies wird von Herrn Orth in der pauschalen Form der Aussage verneint. Eine Erweiterung sei nur im Rahmen der rechtlichen Gegebenheiten möglich.

Herr Schwamborn: Anregung zur Parksituation Kauler Straße

Herr Schwamborn erläutert, viele Anwohner der Kauler Straße sowie Eltern der Kinder, die die evangelische Grundschule und den Kindergarten besuchen, hätten sich über das unrechtmäßige Parken an der Kauler Straße ab der Einmündung Parkhaus bis zur Ampelanlage an der Steinstraße beschwert. Er regt an, auf diesem Straßenabschnitt ein absolutes Halteverbot einzurichten.

Herr Orth antwortet, dies werde geprüft.

Herr Höring: Anfrage zum Konjunkturpaket II

Herr Höring fragt, ob bereits Mittel aus dem Konjunkturpaket II an die Stadt ausbezahlt und welche Aufträge schon erteilt worden seien bzw. wann dies erfolgen werde.

Herr Schmickler antwortet, es seien bereits eine Reihe von Ingenieuraufträgen erteilt worden, d.h. es werde an den Planungen gearbeitet. Mittel habe man auf Grund der Vorgabe, dass diese innerhalb von zwei Monaten verwendet werden müssen und bisher noch keine Rechnungen vorliegen, auch noch nicht abrufen können.

Herr Hoffstadt: Anfrage zum Fluglärm

Herr Hoffstadt fragt, ob es zutreffe, dass der Flughafen Köln-Bonn die Nordroute verlegt habe, so dass Refrath und Bensberg mit deutlich mehr Fluglärm belastet seien. Er bittet um Aufklärung, warum die sog. Königsforst-Route aufgegeben worden sei.

Herr Orth antwortet, es habe auf Grund technischer Unzulänglichkeiten bzw. Fehlprogrammierungen Routenabweichungen gegeben. Dies sei von der Stadt in der Fluglärmkommission thematisiert worden und das Problem werde behoben.

Herr Widdenhöfer ergänzt, die Abweichungen seien darin begründet, dass der Kurvenbereich nicht korrekt geflogen wurde und die Deutsche Flugsicherung dann versucht habe, dies mit einem sog. „Fly-Over-Punkt“ zu regulieren. Leider sei es dann zu Eingabefehlern in den Bordcomputern der Flugzeuge gekommen, wodurch Routenabweichungen verursacht wurden. Die Deutsche Flugsicherung habe in der letzten Sitzung der Fluglärmkommission zugesichert, das Problem so schnell wie möglich zu beheben. Er werde sich bei der Flugsicherung nach dem aktuellen Sachstand erkundigen.

Frau Beisenherz-Galas fragt ergänzend, ob es neue Informationen gebe bezüglich einer Kernzeitregelung für Nachtflugverbote.

Herr Orth antwortet, die Nachtflugregelung sei durch den mittlerweile zurückgetretenen Landesverkehrsminister bis zum Jahr 2030 verlängert worden.

Herr Widdenhöfer ergänzt, die Stadt Bergisch Gladbach habe sich mit Zustimmung des Rates an der Klage der Stadt Siegburg beteiligt. Das Klageverfahren sei beim Oberverwaltungsgericht anhängig; eine Entscheidung sei jedoch wahrscheinlich erst in einigen Jahren zu erwarten.

Herr Nagelschmidt: Anfrage zur Refrather Grillhütte

Herr Nagelschmidt fragt, warum der Finanz- und Liegenschaftsausschuss nicht mit dem Abschlag in Höhe von 85.000,- EUR - laut Presseberichten - für die Refrather Grillhütte befasst worden sei und was die Verwaltung in Bezug auf die künftige Nutzungspläne.

Herr Schmickler antwortet, die Presseberichte seien verfrüht erschienen und hätten keine Einigung oder gerichtliche Entscheidung wiedergegeben. Er selbst wisse nicht, wie die Presse an diese Information gelangt sei. Daher habe die Verwaltung die Gremien des Rates bisher auch noch nicht mit der Angelegenheit befasst. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass an dieser attraktiven Stelle eine qualitativ hochwertigere Gastronomie etabliert werden könne, wenn die Potentiale des Umfeldes besser ge-

nutzt würden. Diesbezüglich bestünden bekanntermaßen Beschlüsse bzw. Überlegungen zu weiteren Maßnahmen betreffend den See und dazu, eine Terrasse zum See hin anzulegen sowie zusätzliche Spielmöglichkeiten im unmittelbaren Umfeld zu schaffen. Bezüglich der Straßenquerung habe die Stadt schon Vorleistungen erbracht. Weitere Schritte könnten erst nach einer endgültigen rechtlichen Klärung der Angelegenheit unternommen werden; diese würden derzeit vorbereitet.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@